



SATZUNG

SG Dynamo Dresden e. V.

Inhalt

Allgemeines	2	Geschäftsführung	5
§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr und Vereinsfarben	2	§ 25 Stellung	5
§ 2 Aufgaben und Zweck	2	§ 26 Zusammensetzung	6
§ 3 Vereinsvermögen	2	§ 27 Bestellung	6
§ 4 Verbandszugehörigkeit	2	§ 28 Vertretungsbefugnisse und Haftung	6
§ 5 Organe	2	§ 29 Aufgaben	6
§ 6 Allgemeine Vorschriften	3	§ 30 Sitzungen und Beschlussfassung	6
Mitgliedschaft	3	Ehrenrat	6
§ 7 Mitgliederstruktur	3	§ 31 Stellung	6
§ 8 Erwerb der Mitgliedschaft	3	§ 32 Zusammensetzung	6
§ 9 Rechte und Pflichten	3	§ 34 Entscheidungsbefugnisse	6
§ 10 Beiträge und Ehrungen	3	§ 35 Rechts- und Verfahrensordnung	6
§ 11 Ende der Mitgliedschaft	3		
Mitgliederversammlung	3	Jugendrat	7
§ 12 Stellung der Mitgliederversammlung	3	§ 36 Zusammensetzung	7
§ 13 Ordentliche Mitgliederversammlung	4	§ 38 Aufgaben	7
§ 14 Außerordentliche Mitgliederversammlung	4	§ 39 Sitzungen und Beschlussfassung	7
§ 15 Anträge an die Mitgliederversammlung	4		
§ 16 Abstimmung	4	Präsidium	7
§ 17 Wahlen	4	§ 40 Zusammensetzung	7
§ 18 Anfechtung von Beschlüssen	5	§ 42 Vertretungsbefugnis und Haftung	7
		§ 43 Aufgaben	7
		§ 44 Sitzung und Beschlussfassung	7
Aufsichtsrat	5		
§ 19 Stellung	5	Schlussbestimmungen	8
§ 20 Zusammensetzung	5	§ 45 Wirkung der Satzung und ihrer Änderungen	8
§ 21 Wahl	5		
§ 22 Vertretungsbefugnisse und Haftung	5		
§ 23 Aufgaben	5		
§ 24 Sitzungen und Beschlussfassung	5		

Beschluss der Mitgliederversammlung vom 30.12.2001 mit den Ergänzungen:

- stilistische Korrektur des § 4, 4.2 vom Dezember 2002
- Änderungen nach Beschluss der Ordentlichen Mitgliederversammlung am:
 - 22.08.2003
 - 30.09.2004
 - 17.12.2004
 - 28.09.2006
 - 06.03.2008
 - 24.05.2008
 - 28.11.2008
 - 13.11.2009
 - 21.05.2010
 - 27.03.2011
 - 19.11.2011
 - 17.11.2012
 - 16.11.2013
 - 15.11.2014
 - 14.11.2015
 - 12.11.2016
 - 11.11.2017
 - 17.11.2018
 - 16.11.2019
 - 18.06.2022
 - 18.11.2023
 - 16.11.2024
 - 15.11.2025

Allgemeines

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr und Vereinsfarben

- (1) Der Verein führt den Namen „SG Dynamo Dresden e. V.“ und hat seinen Sitz in Dresden. Er ist in das Vereinsregister des Amtsgerichts Dresden eingetragen. Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Juli und endet am 30. Juni des folgenden Jahres.
- (2) Die vier Vereinsfarben (Primärfarben und Akzentfarben) sind schwarz (tiefschwarz, RAL 9005), gelb (verkehrs-gelb, RAL 1023), rot (rubinrot, RAL 3003) und weiß (reinweiß, RAL 9010). Für Druckerzeugnisse, Bildschirmtextanwendungen, Displayanwendungen, Textilien, Merchandising und weitere Anwendungen sind äquivalente Farbtöne zu verwenden.
- (3) Die unter § 1 (2) definierten Vereinsfarben sowie äquivalente Farbtöne sind für die Vereinsbekleidung und Merchandisingartikel aus Produktion des Ausrüsters verbindlich anzuwenden. Die Hauptspielkleidung besteht aus einem gelben Hemd, einer schwarzen Hose und gelben Stutzen. Diese Hauptspielkleidung soll nach Möglichkeit bei jedem Heim- und Auswärtsspiel eingesetzt werden. Nur wenn es der Spielbetrieb erfordert ist die Ersatzspielkleidung zu tragen. Die Ersatzspielkleidung soll ebenso aus den dominierenden Farben schwarz, gelb, rot oder weiß bestehen. Haupt- und Ersatzspielkleidung können sich somit aufgrund der vorhandenen Farbmöglichkeiten gemäß Ligastatutenklar voneinander unterscheiden. Wenn es der Spielbetrieb erfordert, kann eine weitere kombinierte Ersatzspielkleidung in den satzungsgemäßen Vereinsfarben zum Einsatz kommen, z. B. einem weißen Hemd, einer weißen Hose und weißen Stutzen. Die gemäß Ligastatut, Lizenzierungsordnung bzw. Verbandsspielordnung gesondert bereitzustellende Haupt- und Ersatzspielkleidung für die Torhüter sind von diesen Festlegungen nicht betroffen.
- (4) Die Vereinsbekleidung und Merchandisingartikel aus Produktion des Ausrüsters haben als Erkennungsmerkmal ausschließlich das offizielle Vereinswappen nach § 1 (5) zu tragen. Nicht zulässig ist eine nach § 1 (5) abweichende, sowie monochrome Farbgestaltung des Wappens. Eine Simplifizierung des Vereinswappens als zentrales Element des Erscheinungsbildes ist nicht zulässig.



- (5) Das Vereinswappen ist das zentrale Element des Erscheinungsbildes der SG Dynamo Dresden e. V. Es besteht aus einem roten Schild, dem prägnanten „Dynamo-D“ in Weiß, dem individuell geschnittenen Dresden-Schriftzug in Gelb. Das Schild ist von einer schwarzen Banderole umschlossen. Diese enthält fünf gelbe parallele Streifen auf der linken und rechten Seite.
- (6) Im Falle der Ausgliederung des Spielbetriebs in eine Tochtergesellschaft ist in deren Satzung bzw. dem Gesellschaftsvertrag der Tochtergesellschaft dauerhaft sicherzustellen, dass die in § 1 (1) (2) (3) (4) (5) der Satzung des Muttervereins genannten, anwendbaren Merkmale durch den ausgegliederten Spiel- und Geschäftsbetrieb in unveränderter Form übernommen bzw. verwendet werden. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf den Vereinsnamen, die Vereinsfarben und das Vereins-semblem, welche durch den Spiel- und Geschäftsbetrieb der Tochtergesellschaft weiterzuführen und zu repräsentieren sind.

§ 2 Aufgaben und Zweck

- (1) Der Verein stellt sich die Aufgabe, den Fußballsport aktiv zu fördern, den Trainings- und Wettkampfbetrieb seiner Mannschaften zu organisieren, diese zu motivieren und zu befähigen, in den höchsten Spielklassen zu bestehen sowie Kadersportler für Auswahlmannschaften auf Regional- und Bundesebene zu entwickeln.

- (2) Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Er verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Politische und weltanschauliche Zwecke dürfen nicht verfolgt werden. Er erstrebt die körperliche, geistige und charakterliche Bildung seiner Mitglieder, vornehmlich der Jugend und fördert die soziale Integration von Menschen mit Behinderung und unabhängig ihrer Herkunft.

§ 3 Vereinsvermögen

- (1) Das Vermögen des Vereins dient ausschließlich Vereinszwecken. Im Fall der Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des bisherigen Vereinszwecks fällt das Vermögen an die Landeshauptstadt Dresden, die es gemeinnützig zur Sportförderung zu verwenden hat.
- (2) Die Mitglieder sowie natürliche oder juristische Personen erhalten aus Vereinsmitteln keine Gewinnanteile, über eine Aufwandsentschädigung hinausgehende oder sonstige Zuwendungen. Es ist nicht zulässig, diese durch unverhältnismäßig hohe oder zweckfremde Ausgaben und Zuwendungen zu begünstigen.

§ 4 Verbandszugehörigkeit

- (1) Der Verein ist Mitglied des Landes- und Regionalverbandes, der seinerseits Mitglied des DFB e.V. als auch der Organe der DFB GmbH & Co. KG als dessen Dachverband ist, sowie des Ligaverbandes als Zusammenschluss der lizenzierten Vereine und Kapitalgesellschaften der deutschen Fußball-Lizenzligen. Der Verein ist Mitglied im Landessportbund Sachsen sowie im für den Fußball zuständigen Fachverband und unterwirft sich deren Satzungen.
- (2) Der Verein unterwirft sich der Satzung, dem Statut, den Ordnungen und Durchführungsbestimmungen des Ligaverbandes, des DFB e.V. als auch der Organe der DFB GmbH & Co. KG und seiner Regional- und Landesverbände sowie den Entscheidungen und den Beschlüssen der Organe dieser Verbände und der DFL als Beauftragte des Ligaverbandes. Der Verein verpflichtet sich ferner dazu, sämtliche Entscheidungen und Beschlüsse der Organe der DFB GmbH & Co. KG anzuerkennen.

§ 5 Organe

- (1) Der Verein setzt sich aus folgenden Organen zusammen:
 - a) Mitgliederversammlung
 - b) Aufsichtsrat mit der Funktion des erweiterten Vorstandes im Sinne des BGB
 - c) Geschäftsführung mit der Funktion des Vorstandes im Sinne des BGB
 - d) Präsidium
 - e) Jugendrat
 - f) Ehrenrat.
- (2) Alle von der Mitgliederversammlung gewählten Organe werden in der Satzung auch als Gremium bezeichnet. Sie besitzen Antragsrecht.
- (3) Die Geschäftsführung kann für ihre Arbeit eine Vergütung erhalten. Über den Umfang der Vergütung entscheidet der Aufsichtsrat. Die Mitarbeit in den Gremien erfolgt grundsätzlich ehrenamtlich. Bei konkretem Aufwand für die Tätigkeit kann eine Aufwandsentschädigung gezahlt werden, die vom Aufsichtsrat zu beschließen und jährlich auf Angemessenheit zu prüfen ist. Über die Aufwandsentschädigung des Aufsichtsrates entscheidet das Präsidium.
- (4) Jedes Gremium gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (5) Der Verlauf jeder Sitzung eines Gremiums ist unter Wiedergabe der gefassten Beschlüsse in einem Protokoll festzuhalten, dass vom Sitzungsleiter innerhalb von sechs Wochen nach der Sitzung zu unterzeichnen ist. Niederschriften und Beschlüsse der Gremien sind in der Geschäftsstelle verschlossen aufzubewahren und den Mitgliedern jederzeit zugänglich zu machen. Die Vertraulichkeit von einzelnen Beschlüssen gegenüber der Öffentlichkeit ist ausdrücklich in der jeweiligen Niederschrift festzuhalten.
- (6) Mitarbeiter oder Mitglieder von Organen von Unternehmen, die zu mehreren Lizenznehmern, Muttervereinen oder mit diesen verbundenen Unternehmen in wirtschaftlich erheblichem Umfang in vertraglichen Beziehungen im Bereich der Vermarktung einschließlich des Sponsoring oder des Spielbetriebes stehen und/oder an ihnen bedeutend beteiligt sind, dürfen nicht Mitglied in Kontroll-, Geschäftsführungs- und Vertretungsorganen sein, wobei Konzer-

ne und die ihnen angehörigen Unternehmen als ein Unternehmen gelten. Ebenso dürfen Mitglieder von Geschäftsführungs- oder Kontrollorganen eines anderen Lizenznehmers keine Funktion in Organen des Vereins übernehmen. Eine Mitgliedschaft in Kontrollorganen des Vereins ist abweichend zu den vorgenannten Beschränkungen möglich, wenn der für die Lizenzierung zuständige Verband eine Ausnahmegenehmigung erteilt.

- (7) Berät ein Gremium über einen Protokollgegenstand, der in rechtlicher, wirtschaftlicher oder in einer gleichgestellten Hinsicht unmittelbare oder mittelbare Auswirkungen auf einen Beratungsteilnehmer oder auf ihm nahestehende natürliche oder juristische Person, insbesondere aus dem Kreise nach § 15 der Abgabenordnung oder über jeweils verbundenen Unternehmen (mit Mitspracherechten und/oder auch indirekten Ansprüchen) hat, dann ist dieser grundsätzlich von der Teilnahme an der Beratung, in jedem Fall aber von der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt auszuschließen. Ein unter Verstoß gegen diese Bestimmung gefasster Beschluss ist nichtig.

§ 6 Allgemeine Vorschriften

Alle Vereinbarungen über geldwerte Leistungen, Vorteile oder Vorteilsnahmen von Gremien und Geschäftsführung mit ehren-, haupt- oder nebenamtlich tätigen Mitgliedern bedürfen der Schriftform sowie der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates.

Mitgliedschaft

§ 7 Mitgliederstruktur

Der Verein besteht aus:

- aktiven Mitgliedern (natürliche Personen, die im Verein regelmäßig Sport ausüben, Trainer und Schiedsrichter)
- passiven Mitgliedern (natürliche Personen, die im Verein keinen Sport ausüben)
- Ehrenmitgliedern und Ehrenspielführern
- Fördermitgliedern (Gesellschaften, juristische Personen, z.B. Vereine). Die Ausübung der Mitgliedsrechte erfolgt durch den Vertretungsberechtigten.

§ 8 Erwerb der Mitgliedschaft

- Vereinsmitglied werden natürliche oder juristische Personen per Antragsgenehmigung. Der Aufnahmeantrag ist in der Geschäftsstelle einzureichen. Die Aufnahme von Personen unter 18 Jahren und Fördermitgliedern setzt die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters voraus.
- Die Bestätigung der Mitgliedschaft ist dem Antragsteller schriftlich spätestens vier Wochen nach Eingang mitzuteilen.
- Als Eintrittsdatum in den Verein und Beginn der Beitragszahlung gilt das mit dem Aufnahmeantrag mitgeteilte Datum. Das Eintrittsdatum kann frühestens auf den Monatsanfang des Zugangs in der Geschäftsstelle datiert werden. Die Mitgliedschaft wird jedoch erst mit der Bestätigung des Aufnahmeantrages und der Zahlung des ersten fälligen Mitgliedsbeitrages wirksam.
- Die Zuteilung der Mitgliedsnummern erfolgt ausschließlich nach dem Kriterium des Eintrittsdatums. Stichtag für den Beginn der Zahlung ist die Neu- bzw. Wiedergründung des Vereins am 28.05.1990 nach dem ab 03.10.1990 gültigen bundesdeutschen Recht. Alle vergebenen Mitgliedsnummern behalten dauerhaft ihre Gültigkeit. Die Nummern 1 bis 9 werden nicht vergeben.
- Fördernde Mitglieder, welche eine vor dem Stichtag 28.05.1990 begründete Mitgliedschaft und die ununterbrochene Zahlung des festgelegten Mitgliedsbeitrages nachweisen können, erhalten den Zeitraum ihrer Fördermitgliedschaft auf die Dauer ihrer Mitgliedschaft anerkannt.

§ 9 Rechte und Pflichten

- Die Rechte und Pflichten der Mitglieder bestimmen sich nach der Satzung. Alle Mitglieder haben das Recht, am Vereinsleben teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins zu nutzen. Zu diesen Einrichtungen zählt das Mitgliederforum.

- Die Rechte der Vereinsmitglieder sind wie folgt geregelt:
Vereinsmitglieder ab 6 Jahre besitzen alle mit der Mitgliedschaft verbundenen Rechte nach einer dreimonatigen Mitgliedschaft mit folgenden Einschränkungen:
 - Alle Mitglieder ab 16 Jahre besitzen das Stimm-, Antrags- und Rederecht.
 - Angestellte des Vereins, welche zugleich Vereinsmitglieder sind, besitzen kein Stimm-, Antrags und Rederecht sowie weitere mit der Mitgliedschaft verbundenen Rechte. Für die Dauer des Angestelltenverhältnisses ruht die Mitgliedschaft im Verein.
 - Aktive und passive Mitglieder ab 16 Jahre sowie Ehrenmitglieder und Ehrenspielführer haben das Recht auf Einsicht und in begründeten Fällen auf Aushändigung der Mitgliederliste. Die Erstattung der Kopierkosten erfolgt laut Beitrags- und Ehrenordnung.
- Der Verein haftet nicht für Schäden oder Verluste, die Mitglieder bei der Ausübung des Sports, bei Vereinsveranstaltungen und der Benutzung von Anlagen, Einrichtungen oder Geräten des Vereins erleiden.
- Die Weitergabe von Sondervorteilen durch Mitglieder, deren Gewährung von der Mitgliedschaft im Verein abhängt, mit Gewinnerzielungsabsicht ist unzulässig.

§ 10 Beiträge und Ehrungen

- Die Beitrags- und Ehrenordnung ist kein Satzungsbestandteil.
- Eine Sonderumlage kann höchstens einmal pro Jahr bis zur Höhe eines Mitgliedsbeitrages erhoben werden. Die Mitgliederversammlung beschließt über den Betrag und das Verfahren.
- Mitglieder, die sich mit der Entrichtung des Beitrages oder sonstigen Zahlungsverpflichtungen an den Verein in Verzug befinden, sind von der Ausübung sämtlicher Mitgliederrechte für die Dauer des Verzuges ausgeschlossen. Dabei ist bei Verkaufsstart eines Dauer- oder Tageskartenvorverkaufs der erste Verkaufstag bindend.

§ 11 Ende der Mitgliedschaft

- Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, Austritt, Ausschluss oder nach einem Rückstand in der Beitragszahlung von mehr als acht Wochen zum 30.06. (jährliche Zahlungsweise) und zum 28.02. (halbjährliche Zahlungsweise) und durch Rückstand einer Zahlungsschuld gemäß § 10 Abs 3 sowie einer nicht vollständigen Zahlung nach Ablauf einer durch den Verein gesetzten Zahlungsfrist von 8 Wochen. Im Falle des Ausschlusses des Mitgliedes bzw. der Beendigung der Mitgliedschaft durch Rückstand in der Beitragszahlung hat der Verein sofort Anspruch auf den vollen Mitgliedsbeitrag für das Geschäftsjahr, für das der Beitrag fällig ist. Die SG Dynamo Dresden behält sich vor, offene Forderungen durch externe Dienstleister geltend zu machen. Eine erneute Mitgliedschaft kann frühestens zum Beginn des folgenden Geschäftsjahres und nach Entrichtung der offenen Forderung begründet werden.
- Der Austritt aus dem Verein ist frühestens nach einem Jahr und jeweils nur zum Ende des Geschäftsjahres mit einer dreimonatigen Kündigungsfrist möglich. Für aktive Mitglieder gelten keine Fristen. Der Austritt kann nur durch eine von dem Mitglied eigenhändig durch Namensunterschrift oder mittels notariell beglaubigten Handzeichens versehene Erklärung erfolgen. Zur Wahrung dieser schriftlichen Form genügt die Übermittlung der Austrittserklärung per Telefax oder als gescanntes Dokument als E-Mail-Anhang an die Geschäftsstelle. Eine elektronische signierte Austrittserklärung kann nicht entgegengenommen werden.
- Bei Beendigung der Mitgliedschaft hat das Mitglied alle in seiner Verwahrung befindlichen Gegenstände, die dem Verein gehören, unverzüglich an die Geschäftsstelle herauszugeben.

Mitgliederversammlung

§ 12 Stellung der Mitgliederversammlung

- Die Mitgliederversammlung ist das oberste Vereinsorgan. Teilhabeberechtigt sind Mitglieder des Vereins nach einer dreimonatigen Mitgliedschaft, die das 6. Lebensjahr vollendet haben und nicht im Verzug mit der Beitragszahlung sind. Außer bei Bankeinzug ist die Beitragszahlung vom Mitglied nachzuweisen. Mitglieder, die das 14.

Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nur im Beisein eines gesetzlichen Vertreters teilnehmen, der ebenfalls Vereinsmitglied und an der Mitgliederversammlung teilnahmeberechtigt ist.

- (2) Die Mitgliederversammlungen werden durch das Präsidium terminiert. Die Tagesordnung der Mitgliederversammlungen wird durch das Präsidium vorgeschlagen.
- (3) Einladungen zu Mitgliederversammlungen werden vom Präsidium spätestens vier Wochen vor der jeweiligen Versammlung versandt. Die Einladung beinhaltet den Termin, den Ort und die Tagesordnung der jeweiligen Versammlung. Die Einladung erfolgt per Brief oder E-Mail. Als Datum gilt der Einlieferungsbeleg der Post oder der Sendevermerk der E-Mail.
- (4) Zum Versammlungspräsidium gehören die Vorsitzenden aller Gremien und die Geschäftsführung. Die Mitgliederversammlungen werden vom Präsidenten geleitet. Das Präsidium kann ein anderes Mitglied zum Versammlungsleiter bestimmen.
- (5) Die Mitgliederversammlungen werden von der Geschäftsführung organisiert und schriftlich protokolliert. Die Niederschrift ist von den Mitgliedern des Versammlungspräsidiums zu unterzeichnen. Das Protokoll ist innerhalb von vier Wochen nach der Mitgliederversammlung der Mitgliedschaft in der Geschäftsstelle und im Mitgliederforum zugänglich zu machen.

§ 13 Ordentliche Mitgliederversammlung

- (1) Der Ordentlichen Mitgliederversammlung obliegen folgende Aufgaben:
 - a) Entgegennahme der Berichte der Gremien und der Geschäftsführung
 - b) Entlastungen von Geschäftsführung und Aufsichtsrat
 - c) Wahlen von Mitgliedern der Gremien
 - d) Entscheidung über eingereichte Anträge
 - e) Änderungen der Satzung sowie der Wahl-, Versammlungs-, Beitrags- und Ehrenordnung
 - f) Ernennung und Abberufung von Ehrenmitgliedern und Ehrenvorsitzendem.
- (2) Die Ordentliche Mitgliederversammlung ist einmal im Kalenderjahr bis spätestens 30. November durchzuführen. Der Termin ist bis mindestens drei Monate vorher bekannt zu geben.
- (3) Jedes Mitglied hat das Recht, ab zehn Tagen vor der Ordentlichen Mitgliederversammlung den Jahresabschluss, die vollständige Bilanz, den Gewinn- und Verlustrechnung und den kompletten Bericht des Wirtschaftsprüfers des letzten Geschäftsjahres und den vom Aufsichtsrat genehmigten Finanzplan des laufenden Geschäftsjahres in der Geschäftsstelle des Vereins gegen Abgabe einer Verschwiegenheitsverpflichtung gegenüber Dritten einzusehen. In der Mitgliederversammlung sind der Jahresabschluss und der Finanzplan durch die Geschäftsführung oder den bestellten Wirtschaftsprüfer zu erläutern.

§ 14 Außerordentliche Mitgliederversammlung

- (1) Eine Außerordentliche Mitgliederversammlung ist dann festzulegen, wenn mindestens zehn Prozent oder 400 der stimmberechtigten Mitglieder einen schriftlichen Antrag mit Angabe des Grundes in ein und derselben Sache stellen. Die stimmberechtigte Prüfung des Antrages und Terminierung der Versammlung ist innerhalb von zwei Wochen vom Präsidium zu vollziehen. Die Versammlung muss spätestens acht Wochen nach Einreichung des Antrages stattfinden. Das Präsidium hat auf Verlangen der Geschäftsführung und in jedem anderen durch § 36 BGB bestimmten Fall eine Außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen.
- (2) Die Einladung zu einer Außerordentlichen Mitgliederversammlung erfolgt unter der Maßgabe, dass ihre Tagesordnungspunkte nur solche sein können, die zu ihrer Einberufung geführt haben.
- (3) In der Ordentlichen Mitgliederversammlung geklärte oder beschlossene Angelegenheiten können nicht Anlass zur Einberufung einer Außerordentlichen Mitgliederversammlung sein.
- (4) Nachfolgende Zwecke dürfen nur in einer Außerordentlichen Mitgliederversammlung in Schriftlicher Abstimmung oder per Stimmkarte mit einer Vierfünftelmehrheit beschlossen werden:
 - a) Beitritt zu sowie Fusion mit anderen Vereinen
 - b) Gründung und Auflösung eigener wirtschaftlich arbeitender Körperschaften
 - c) Beitritt und Austritt aus Körperschaften und Verbänden

- d) Entscheidungen zur Übertragung von Anteilen des Vereins oder seiner Tochtergesellschaften auf andere Gesellschafter als den Verein
 - e) Auflösung des Vereins
 - f) Änderungen in den §§ 1 und 2 dieser Satzung
- (5) Eine Abberufung von Gremienmitgliedern kann anlässlich einer Außerordentlichen Mitgliederversammlung nach vorheriger Mitteilung des entsprechenden Tagesordnungspunktes an die Mitglieder mit einer Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen beschlossen werden.

§ 15 Anträge an die Mitgliederversammlung

- (1) Anträge sind auf die Tagesordnung zu setzen. Sie sind in der Geschäftsstelle des Vereins oder direkt beim Präsidium einzureichen. Die Anträge müssen begründet sein und bedürfen der Textform.
- (2) Anträge an die Mitgliederversammlung, die Wahlen, Abwahlen, Abberufungen der Gremien und Entlastungen von Geschäftsführung und Aufsichtsrat oder die Übertragung von Anteilen des Vereins oder seiner Tochtergesellschaften auf andere Gesellschafter als den Verein betreffen, sind wie Anträge zu Änderungen der Satzung spätestens 12 Wochen vor der oder vier Wochen ab Bekanntgabe des Termins der Mitgliederversammlung durch das Präsidium gemäß § 13 (2) schriftlich einzureichen. Anträge zur Änderung der Beitrags- und Ehrenordnung sowie der Wahlordnung sind 6 Wochen vor der oder vier Wochen ab Bekanntgabe des Termins der Mitgliederversammlung durch das Präsidium gemäß § 13 (2) schriftlich einzureichen. Sie können ebenso nur nach vorheriger zwingender Ankündigung in der Einladung zur Mitgliederversammlung behandelt werden. Anträge, welche das Verfahren der Mitgliederversammlung betreffen, sind während der Versammlung jederzeit zulässig. Wird von dem Aufsichtsrat kein Antrag für das rechnungspflichtige Geschäftsjahr gestellt, ist vom Aufsichtsrat zwingend ein entsprechender Antrag der nächsten Ordentlichen Mitgliederversammlung, unter Betrachtung der Gründe, welche zur Nichtvorlage geführt haben, fristgemäß vorzulegen.
- (3) Während der Mitgliederversammlung können Sachanträge nur mit einer Dreiviertelmehrheit auf der Tagesordnung ergänzt werden.

§ 16 Abstimmung

- (1) Jede Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
- (2) Die Mitgliederversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern die Satzung keine andere Mehrheit vorschreibt. Änderungen der Satzung können nur mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossen werden.
- (3) Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.
- (4) Das Stimmrecht kann nur persönlich mit einer Stimme ausgeübt werden. Abgestimmt wird in der Mitgliederversammlung per Handzeichen oder per Stimmkarte. Beschließt die Mitgliederversammlung eine andere Art der persönlichen Abstimmung, so gilt dies jeweils nur für den zur Abstimmung gestellten Antrag. Die Verfahrensarten sind in der gültigen Versammlungsordnung zu regeln.

§ 17 Wahlen

- (1) Der Verein gibt sich eine demokratischen Grundsätzen verpflichtende Wahlordnung, die von der Mitgliederversammlung verabschiedet wird und kein Satzungsbestandteil ist.
- (2) Die Kandidatur für ein Gremium setzt eine Mitgliedschaft von mindestens zwei Jahren, das persönliche Stimmrecht und die Einverständniserklärung des Kandidaten voraus. Die Bewerbungen sind bis spätestens zwölf Wochen vor der Mitgliederversammlung schriftlich in der Geschäftsstelle einzureichen. Die Kandidatur für ein zweites Gremium ist ausgeschlossen. Bewerber für die Wahl zum Aufsichtsrat, denen zum Zeitpunkt der Kandidatur im Rahmen ihrer Gremienmitgliedschaft in einer vorangegangenen Amtsperiode des Aufsichtsrates von der Mitgliederversammlung die Entlastung nicht ausgesprochen oder verweigert wurde, sind zur Wahl so lange nicht zugelassen, bis dem Gremium für diese Amtsperiode/-n Entlastung erteilt wurde.
- (3) Die Geschäftsstelle leitet die Bewerbungen der Kandidaten unverzüglich an die zuständigen Gremien weiter. Die Kandidaten sind vor-

ab anzuhören. Die zuständigen Gremien müssen mehr Kandidaten vorschlagen, als Mandate zu besetzen sind.

- (4) Bei Wahlen ist schriftlich abzustimmen, die Gremienvertreter werden einzeln gewählt. Die Kandidaten sind in der Reihenfolge der für sie abgegebenen Stimmen mit relativer Mehrheit gewählt, sofern sie die Stimmen von mindestens fünf Prozent der an der Wahl für das Ehrenamt teilnehmenden Wähler erhalten haben. Bleiben Ehrenämter unbesetzt, ist nach § 17 (7) dieser Satzung zu verfahren.
- (5) Jedes Amt endet mit der vierten auf die Wahl folgenden Ordentlichen Mitgliederversammlung, dem Erlöschen der Mitgliedschaft, Abberufung oder Rücktritt.
- (6) Jedes Mitglied eines Gremiums kann sein Mandat gegenüber dem Gremium niederlegen, welches seine Kandidatur befürwortet hat. Die Erklärung hat zwingend in Textform zu erfolgen. Bei einem vorzeitigen Ausscheiden eines Mitgliedes aus einem Gremium rückt der stimmhöchste gewählte Kandidat der letzten Wahl mit der restlichen Amtsdauer nach, die das ausgeschiedene Gremienmitglied hatte.
- (7) Tritt die dauerhafte Beschlussunfähigkeit eines Gremiums ein, ist innerhalb von sechzehn Wochen eine außerordentliche Mitgliederversammlung durchzuführen, in der die Neuwahl, der zur Wiederherstellung der Beschlussfähigkeit erforderlichen Gremienmitglieder für die Zeit der laufenden Wahlperiode zu erfolgen hat. Dabei kann ein Gremium wieder vollständig besetzt werden, sofern ausreichend Kandidaten zur Wahl stehen. Die Amtszeit endet mit dem Ende der laufenden Wahlperiode. Bei Nachwahlen zur Wiederherstellung der Beschlussfähigkeit findet § 17 (5) keine Anwendung. Bis zur Neuwahl kann das zuständige Gremium so viele Vereinsmitglieder zu Ersatzmitgliedern dieses Gremiums bestimmen, wie zur Beseitigung seiner Beschlussunfähigkeit erforderlich sind. Für die Ersatzmitglieder gelten die satzungsgemäßen Anforderungen. Mit der erfolgten Neuwahl der Gremienmitglieder erlöschen die verliehenen Ersatzmandate.

§ 18 Anfechtung von Beschlüssen

Die Unwirksamkeit oder Anfechtbarkeit von Beschlüssen der Mitgliederversammlung kann von den Mitgliedern mündlich gegenüber dem Versammlungsleiter in der Mitgliederversammlung oder innerhalb von zwei Wochen nach der Versammlung schriftlich gegenüber dem Ehrenrat geltend gemacht werden.

Aufsichtsrat

§ 19 Stellung

Der Aufsichtsrat vertritt den Verein zwischen den Mitgliederversammlungen im Sinne § 26 Abs. 1 BGB gegenüber den Geschäftsführern gerichtlich und außergerichtlich. Er trägt dafür Sorge, dass die Grundlage jeglichen Handelns der Geschäftsführung die Vereinssatzung darstellt..

§ 20 Zusammensetzung

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens sechs und höchstens neun Mitgliedern. Diese wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden, den Stellvertreter und den Schriftführer.

§ 21 Wahl

- (1) Sieben Wahlaufsichtsräte werden durch die Mitgliederversammlung gewählt.
- (2) Je einen Stimmaufsichtsrat können der Ehrenrat und der Jugendrat entsenden. Ihre Amtsperiode beträgt jeweils vier Jahre.

§ 22 Vertretungsbefugnisse und Haftung

- (1) Dem Aufsichtsrat obliegt die Vertretung des Vereins gegenüber der Geschäftsführung und ihren Mitgliedern, die von seinem Vorsitzenden, im Verhinderungsfall von dessen Stellvertreter, und einem weiteren Aufsichtsrat wahrgenommen wird.
- (2) Die Aufsichtsratsmitglieder haften persönlich dem Verein gegenüber für jeden grob fahrlässig oder vorsätzlich verursachten Schaden, insbesondere auch für einen, der durch Rechtshandlung

gen der Geschäftsführung oder der vom Aufsichtsrat bestellten Stimmrechtsvertreter in Körperschaften, an denen der Verein beteiligt ist, dem Verein zugefügt und der bei ordnungsgemäßer Erfüllung der Aufsichtspflichten hätte abgewandt werden können. Für das Fehlverhalten Dritter haften die Mitglieder des Aufsichtsrates nicht.

§ 23 Aufgaben

- (1) Der Aufsichtsrat erstellt die Kandidatenliste für das Präsidium nach Eignung für dessen Aufgaben und leitet dessen Wahlen.
- (2) Dem Aufsichtsrat obliegt die Bestellung, Überwachung, Abberufung und die Regelung der persönlichen Vertretungsbefugnis der Geschäftsführung.
- (3) Der Aufsichtsrat schreibt die Geschäftsführerstellen öffentlich aus und schließt die Verträge der Geschäftsführer im Dienst- bzw. Auftragsverhältnis ab. Ausnahmen kann der Aufsichtsrat beschließen.
- (4) Der Aufsichtsrat entscheidet über eine Empfehlung, die Entlastung der Geschäftsführung betreffend, an die Ordentliche Mitgliederversammlung und hat den entsprechenden Antrag gem. § 15 (2) an die Mitgliederversammlung zu stellen.
- (5) Der Aufsichtsrat kann den Abschluss von Rechtsgeschäften durch die Geschäftsführung von seiner Einwilligung abhängig machen.
- (6) Der Aufsichtsrat beschließt vor jedem Geschäftsjahr den von der Geschäftsführung vorzulegenden Finanzplan und ggf. Nachtragshaushalte.
- (7) Der Aufsichtsrat bestellt im Einvernehmen mit dem zuständigen Organ des DFB die Wirtschaftsprüfer und verabschiedet den Jahresabschluss mit Geschäftsbericht. In der Person des Wirtschaftsprüfers hat nach jeweils fünf Jahren ein Wechsel stattzufinden.
- (8) Der Aufsichtsrat kann Arbeitsgruppen jeweils unter Leitung eines Aufsichtsratsmitgliedes bestellen.
- (9) Der Aufsichtsrat regelt die Vertretung der Stimmrechte des Vereins in anderen Vereinen und Körperschaften mit einer Mehrheit von mindestens drei Viertel der Stimmen.

§ 24 Sitzungen und Beschlussfassung

- (1) Sitzungen des Aufsichtsrates sind vertraulich und werden vom Vorsitzenden nach dessen Ermessen einberufen. Sie werden außerdem einberufen, wenn ein anderes Organ einen begründeten Antrag stellt oder mindestens zwei Mitglieder des Aufsichtsrates dies fordern.
- (2) Die Leitung der Sitzungen obliegt dem Vorsitzenden oder bei seiner Verhinderung seinem Stellvertreter oder dem Schriftführer.
- (3) Die Geschäftsführung nimmt an der Aufsichtsratssitzung teil, wenn diese auf deren Antrag stattfindet. Zu den Sitzungen geladene Geschäftsführer haben Teilnahmepflicht.
- (4) Der Ehrenrat, das Präsidium und der Jugendrat besitzen dauerndes Teilnahmerecht an allen Aufsichtsratssitzungen, das von einem Mitglied aus dem jeweiligen Gremium wahrgenommen werden kann.
- (5) Das Stimmrecht im Aufsichtsrat gehört ausschließlich den Aufsichtsratsmitgliedern. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Drittel seiner Mitglieder anwesend sind oder bei schriftlicher Stimmabgabe votiert haben.
- (6) Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt. Die schriftliche Stimmabgabe (Brief, Fax oder E-Mail) ist zulässig, wenn kein Aufsichtsratsmitglied diesem Verfahren widerspricht. Des Weiteren ist es den Mitgliedern des Aufsichtsrates möglich, die Stimmabgabe via Abstimmungsverfahren in einem Aufsichtsratsportal abzugeben. Die grundlegenden Abstimmungsverfahren bleiben davon unberührt und weiterhin bestehen. Aufsichtsratsmitglieder, die gemäß § 5 (7) von Beratungen zu dem gewünschten Abstimmungsgegenstand ausgeschlossen sind, besitzen dieses Widerspruchsrecht nicht.

Geschäftsführung

§ 25 Stellung

Die Geschäftsführung ist im Sinne des § 26 BGB der Vorstand des Vereins. Sie leitet die Geschäfte des Vereins. Sie sorgt für die Erledigung aller Vereinsaufgaben, die nicht gemäß der Satzung von anderen Vereinsorganen wahrgenommen werden.

§ 26 Zusammensetzung

- (1) Die Geschäftsführung besteht aus mindestens zwei Geschäftsführern. Ein Geschäftsführer kann zum Hauptgeschäftsführer berufen werden.
- (2) Bei jenen Geschäftsführern, die zugleich Vereinsmitglied sind, ruht die Mitgliedschaft im Verein für die Dauer ihrer Geschäftsführertätigkeit.

§ 27 Bestellung

- (1) Geschäftsführer werden per Beschluss des Aufsichtsrates mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen für die Dauer von maximal drei Jahren bestellt. Eine mehrfache Bestellung ist zulässig.
- (2) Der Aufsichtsrat hat dafür zu sorgen, dass die Anstellungsverträge der Geschäftsführer mit deren Amtsperiode enden. Eine stillschweigende Verlängerung des Amtes ohne entsprechenden Beschluss des Aufsichtsrates ist ausgeschlossen.
- (3) Die Bestellung zum Geschäftsführer ist unbeschadet möglicher Vergütungsansprüche jederzeit vom Aufsichtsrat mit einer Zweidrittelmehrheit widerrufbar.
- (4) Ein Geschäftsführer darf sein Amt nur aus wichtigem Grund niederlegen. Mit dem Verlust der Organstellung endet automatisch das Anstellungsverhältnis des Geschäftsführers. Geschäftsführer müssen ihren Rücktritt durch eine entsprechende Erklärung gegenüber dem Aufsichtsrat herbeiführen. Scheiden ein oder mehrere Geschäftsführer vorzeitig aus dem Amt und sinkt die Anzahl unter die von der Satzung bestimmte Mindestzahl, ist die Vertragsbindung der Neubesetzung innerhalb von zwölf Wochen herbeizuführen.

§ 28 Vertretungsbefugnisse und Haftung

- (1) Der Geschäftsführung obliegt die Vertretung des Vereins im Außenverhältnis. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird der Verein von zwei Geschäftsführern gemeinsam vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt dieser den Verein allein.
- (2) Folgende Geschäfte bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrates:
 - a) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten
 - b) Übernahme von Bürgschaften und Eingehung von Mitverpflichtungen für Verbindlichkeiten Dritter
 - c) Abschluss von Darlehensverträgen, Stundungsvereinbarungen und Sicherungsgeschäften dazu
 - d) Abschluss von Rechtsgeschäften mit einer Laufzeit über zwei Jahre oder einem Gegenstandswert von mehr als 100.000,00 Euro.
- (3) Die Geschäftsführung ist insgesamt von der Vertretung des Vereins ausgeschlossen, soweit durch ein Rechtsgeschäft eines der Geschäftsführungsmitglieder rechtlich oder wirtschaftlich, persönlich oder über nahe Angehörige oder verbundene Unternehmen begünstigt oder verpflichtet wird. Eine Befreiung von diesen Beschränkungen kann nur für jeden begründeten Ausnahmefall per Beschluss des Aufsichtsrates herbeigeführt werden. Sie ist vor Abschluss des Rechtsgeschäftes vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates und einem weiteren Aufsichtsratsmitglied unter genauer Bezeichnung des genehmigten Geschäfts schriftlich zu erteilen.

§ 29 Aufgaben

- (1) Die Geschäftsführung entscheidet eigenverantwortlich über die Belange des Vereins, soweit diese Befugnisse nicht satzungsgemäß anderen Vereinsorganen vorbehalten sind. Die Aufgabenverteilung und Weisungsbefugnisse der Geschäftsführung werden vom Aufsichtsrat mit der Bestellung festgelegt.
- (2) Die Geschäftsführung bestellt den hauptamtlichen Leiter des Nachwuchsleistungszentrums in Abstimmung mit dem Jugendrat.
- (3) Die Geschäftsführung hat dem Aufsichtsrat bei drohenden Verlusten, Überschuldung, Zahlungsunfähigkeit und Verstößen gegen Auflagen des DFB sofort zu berichten. Der Aufsichtsrat hat jederzeit das Recht auf Informationen.
- (4) Die Geschäftsführung hat jährlich den Etatplan für das folgende Geschäftsjahr zu erstellen und dem Aufsichtsrat zu einem von diesem festzulegenden Termin zur Genehmigung vorzulegen.
- (5) Die Geschäftsführung hat vor dem Aufsichtsrat aller drei Monate die betriebswirtschaftlichen Daten dem Etatplan gegenüber zu stellen.

- (6) Ausgaben, die über den vom Aufsichtsrat genehmigten Etatplan hinausgehen, bedürfen vorab der schriftlichen Zustimmung des Aufsichtsrates.

§ 30 Sitzungen und Beschlussfassung

Besteht die Geschäftsführung aus mehr als einem Mitglied, hat sie sich eine Geschäftsordnung zu geben, die vom Aufsichtsrat bestätigt werden muss.

Ehrenrat

§ 31 Stellung

- (1) Die Tätigkeit des Ehrenrates ist unabhängig und frei von Weisungen anderer Vereinsorgane.
- (2) Der ordentliche Rechtsweg von Gremien und Mitgliedern in Vereinsangelegenheiten gegen andere Gremien oder Mitglieder darf nur beschritten werden, wenn der Kläger dem Ehrenrat zuvor diese Absicht schriftlich mitgeteilt hat und der Ehrenrat sich für nicht zuständig erklärt, oder eine interne Klärung für unmöglich hält oder eine interne Klärung innerhalb von drei Monaten nicht herbeiführen kann.

§ 32 Zusammensetzung

- (1) Der Ehrenrat besteht aus fünf gewählten Mitgliedern, welche über 35 Jahre alt sind. Mindestens ein Mitglied soll die Befähigung zum Richteramt haben.
- (2) Der Ehrenrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter, von denen einer die Befähigung zum Richteramt haben soll.
- (3) Der Ehrenrat ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind.

§ 34 Entscheidungsbefugnisse

- (1) Die Verletzung der Satzung oder von Ordnungen des Vereins, Vereinsstreitigkeiten zwischen Organen (nach § 5 Absatz 1, Buchstaben b bis f) und Mitgliedern, vereinschädigendes Verhalten und die Anfechtung von Entscheidungen der Organe (nach § 5 Absatz 1, Buchstaben b bis f) sind vereinsintern unter Anhörung der Betroffenen in einem Ehrenratsverfahren zu behandeln. Die Weitergabe von Sondervorteilen, die ausschließlich Mitgliedern gewährt werden, mit Gewinnerzielungsabsicht an vereinsfremde Dritte gilt als vereinschädigend i. S. d. Satzes 1. Der Ehrenrat entscheidet nach Maßgabe des Absatzes (4) über mögliche Ahndungen.
- (2) Der Ehrenrat entscheidet in mündlicher Verhandlung, kann aber ein schriftliches Verfahren durchführen, sofern dem kein Verfahrensbeeteiligter binnen 14 Tagen ab Zugang der Anordnung widerspricht.
- (3) Der Ehrenrat kann auf Antrag von betroffenen Vereinsmitgliedern an die Geschäftsführung eine Empfehlung über die Veränderung der Dauer oder die Aufhebung von Stadionverboten aussprechen.
- (4) Folgende Strafen zur Ahndung sind zulässig:
 - a) Verweis
 - b) Ordnungsgelder bis 1.000,00 Euro, die zweckgebunden im Nachwuchsbereich einzusetzen sind
 - c) Befristeter oder dauerhafter Entzug von an die Vereinsmitgliedschaft gebundenen Sonderrechten
 - d) befristete oder dauerhafte Enthebung aus Gremien
 - e) befristete oder dauerhafter Ausschluss aus dem Verein.

§ 35 Rechts- und Verfahrensordnung

- (1) Der Ehrenrat wird tätig, wenn ihm Satzungsverstöße oder vereinschädigendes Verhalten angezeigt werden.
- (2) Der Ehrenrat kann
 - a) vor der Verhandlung Maßnahmen anordnen und dafür Fristen setzen
 - b) das persönliche Erscheinen von Verfahrensbeteiligten anordnen
 - c) Zeugen und Sachverständige, auf die sich eine Partei bezogen hat, vorladen.
- (3) Verfahrensbeteiligte sind zur mündlichen Erörterung oder Verfahrensführung schriftlich unter Angabe des Verfahrensgegenstandes durch eingeschriebenen Brief vom Ehrenratsvorsitzenden vorzuladen.
- (4) Ordnet der Ehrenrat das persönliche Erscheinen an und ist das Antrag stellende Mitglied trotz Ladung zum Verhandlungstermin ohne

ausreichende Entschuldigung nicht anwesend, gilt ein Antrag als zurückgenommen. In Verfahren kann auch bei Nichterscheinen eines Betroffenen verhandelt und entschieden werden.

- (5) Ist der Ehrenrat auf Antrag eines Betroffenen gegen einen Geschäftsführerbeschluss tätig geworden, darf die Entscheidung nicht zum Nachteil des Antragstellers vom Geschäftsführerbeschluss abweichen.
- (6) Der Ehrenrat kann die Neufassung von Beschlüssen oder anderen Maßnahmen anordnen, soweit dies zur Herstellung satzungsgemäßer Zustände erforderlich ist. Die Erteilung zusätzlicher Auflagen ist zulässig.
- (7) Der Ehrenrat kann unentschuldigte Verstöße gegen seine Anordnungen ahnden.
- (8) Die Entscheidungen des Ehrenrates sind endgültig. Bei einer Änderung der Sach- oder Rechtslage kann die Wiederaufnahme eines Verfahrens durch Verfahrensbeteiligte beantragt werden. Bis zur Aufhebung durch die Mitgliederversammlung behält die Entscheidung ihre Wirkung.
- (9) Der Ehrenrat hat alle Entscheidungen schriftlich unter Angabe der Gründe zu dokumentieren. Die Entscheidungen sind den Verfahrensbeteiligten und der Geschäftsführung mitzuteilen.
- (10) Die Entscheidungen des Ehrenrates sind von der Geschäftsführung zu vollziehen.

Jugendrat

§ 36 Zusammensetzung

Der Jugendrat besteht aus fünf gewählten Mitgliedern, die Erfahrungen in sportlichen und pädagogischen Angelegenheiten haben sollen, von denen mindestens zwei Mitglieder Elternteile von Jugendspielern sein sollen. Er wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und einen Schriftführer.

§ 38 Aufgaben

- (1) Der Jugendrat fördert Nachwuchssportler gemäß Zweck und Aufgabe des Vereins.
- (2) Der Nachwuchsleiter ist durch die Geschäftsführung in Abstimmung mit dem Jugendrat zu bestellen und arbeitet hauptamtlich.
- (3) Der Jugendrat behandelt alle wesentlichen Fragen der Nachwuchsarbeit des Vereins und berät die Nachwuchsleitung in allen sportlichen und organisatorischen Angelegenheiten.
- (4) Die Nachwuchsleitung ist dem Jugendrat gegenüber zur Auskunft verpflichtet.
- (5) Der Jugendrat hat das Recht, die Beratung von Angelegenheiten des Nachwuchsbereiches im Aufsichtsrat zu beantragen.

§ 39 Sitzungen und Beschlussfassungen

- (1) Die Sitzungen des Jugendrates werden durch den Vorsitzenden einberufen oder wenn zwei Mitglieder des Jugendrates dies verlangen.
- (2) Der Jugendrat beschließt in Sitzungen und ist beschlussfähig, wenn mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind.
- (3) Der Jugendrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- (4) Die Nachwuchsleitung hat mit beratender Stimme Teilnahmerecht an den Tagesordnungspunkten, welche Personalien, unter Beachtung von § 2 (7) dieser Satzung sowie das Tagesgeschäft betreffen.

Präsidium

§ 40 Zusammensetzung

Das Präsidium besteht aus drei Mitgliedern und wählt aus seiner Mitte einen Präsidenten. Die anderen Gremienmitglieder sind Vizepräsidenten.

§ 42 Vertretungsbefugnis und Haftung

Das Präsidium ist im Außenverhältnis von der rechtsgeschäftlichen Vertretung des Vereins ausgeschlossen.

§ 43 Aufgaben

- (1) Das Präsidium repräsentiert den Verein in der Öffentlichkeit.
- (2) Der Präsident leitet zusammen mit den Vorsitzenden der Gremien die Mitgliederversammlungen sowie die Wahlen zum Aufsichtsrat, Jugendrat und Ehrenrat.
- (3) Das Präsidium entscheidet nach einem durch die Mitgliederversammlung verabschiedeten Kriterienkatalog über die Zulassung von Kandidaten zu den von ihm zu leitenden Wahlen in die Vereinsgremien.
- (4) Das Präsidium ist zur Einberufung und Leitung von gemeinsamen Versammlungen der Gremien und optional der Geschäftsführung verantwortlich. Jedes Gremium kann auf begründeten Antrag diese Einberufung begehren.
- (5) Das Präsidium überwacht die Einhaltung der Satzung und beantragt bei Verstößen die Klärung beim Ehrenrat.
- (6) Das Präsidium behandelt die frist- und formgerecht eingereichten Anträge zur Änderung der Satzung. Der Antrag hat deutlich die alte und neue Regelung auszuweisen. Antragsteller sind grundsätzlich vom Präsidium anzuhören. Versäumt ein Antragsteller die Anhörung schuldhaft oder widerspricht ein Antrag gesetzlichen oder gleichgestellten Regelungen sowie der Satzung, dem Statut, den Ordnungen und Durchführungsbestimmungen des Ligaverbandes, des DFB und seiner Regional- und Landesverbände sowie den Entscheidungen und den Beschlüssen der Organe dieser Verbände, kann der Antrag bis spätestens vier Wochen vor der beschließenden Mitgliederversammlung vom Präsidium abgelehnt werden. Dies bedarf der Schriftform und ist zu begründen. Die Anträge sind den Mitgliedern vom Präsidium spätestens mit der Einladung zur beschließenden Mitgliederversammlung vorzulegen.
- (7) Das Präsidium berichtet den Mitgliedern mindestens alle drei Monate in geeigneter Form über die Gestaltung des Vereinslebens.
- (8) Registereintragungen von Satzungsänderungsanträgen sind unverzüglich, spätestens aber sechs Wochen nach Beschluss der Änderung auf Veranlassung des Präsidiums zu beantragen.
- (9) Das Präsidium informiert über den Inhalt wichtiger Vereinsdokumente in geeigneter Form. Die Veröffentlichung erfolgt auf Veranlassung des Präsidiums innerhalb von acht Tagen nach Verabschiedung.
- (10) Jedes Mitglied kann beim Präsidium Vorschläge für Ehrenmitgliedschaften und Ehrenspielführer unterbreiten. Das Präsidium prüft die vorgeschlagenen Mitglieder anhand von Kriterien, welche in der Beitrags- und Ehrenordnung niederzulegen sind. Sofern die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen, soll die Mitgliederversammlung über die beschriebenen Ernennungen entscheiden. Das Präsidium darf Mitglieder mit der Ehrennadel des Vereins auszeichnen. Über die Antragstellung der vorbenannten Ehrungen gegenüber der Mitgliederversammlung ist zuvor in einer Gremienversammlung zu entscheiden.

§ 44 Sitzung und Beschlussfassung

Das Präsidium ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Mitglieder anwesend sind. Scheidet ein Mitglied während seiner Amtszeit aus, bleibt das Präsidium beschlussfähig, wenn es mindestens aus zwei Mitgliedern besteht.

Schlussbestimmung

§ 45 Wirkungen der Satzung und ihrer Änderungen

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen der Satzung unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Beschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit der Satzung im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung tritt dann diejenige wirksame und durchführbare Regelung, deren Wirkungen Aufgabe und Zweck des Vereins am nächsten kommen.
- (2) Die vorstehende Bestimmung gilt entsprechend für den Fall, dass sich die Satzung als lückenhaft erweist.

